



**Dorothea Kerschgens**

Vorstand

## **Rede bei der Hauptversammlung von ThyssenKrupp am 20.01.2012**

- Es gilt das gesprochene Wort. -

### **Allgemeiner Teil**

Eine Emnid Umfrage, Anfang Oktober 2011 durchgeführt, zeigt folgende Ergebnisse: Die deutliche Mehrheit der befragten Deutschen, nämlich 78%, sind gegen jeglichen Rüstungsexport. 20% sind nicht grundsätzlich gegen Rüstungsexporte. Befragt man diese 20 %, ob der Verkauf von Waffen und Rüstungsgütern in andere Länder an bestimmte Bedingungen geknüpft sein sollte, sprechen sich 79% von ihnen gegen den Verkauf an menschenrechtsverletzende Staaten und 65% gegen den Verkauf in Kriegs- und Krisengebiete aus. Berücksichtigt man diese Einschränkungen, sind nur 7 % aller Befragten bedingungslos für Rüstungsexporte.

Vor einem Jahr begann der Frühling in arabischen Ländern. Sie brachten bisher nicht die gewünschten Veränderungen, aber ein Aufbruch aus festgezurrtten Strukturen. Zum Vorschein kam auch, in welchem Ausmaß diktatorische Regime von deutschen Waffenherstellern beliefert werden, direkt oder auf Umwegen. Nicht zuletzt die Erkenntnisse dieser offenen oder verschlungenen Wege führten zu der Meinung der meisten Deutschen, zu Rüstungsexporten grundsätzlich NEIN zu sagen.

Die GKKE, Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung, hat Anfang Dezember 2011 ihren Rüstungsexportbericht herausgegeben. Die Fachgruppe Rüstungsexporte erarbeitet ihn seit 15 Jahren mit großer Kompetenz und Genauigkeit.

Zitate aus dem GKKE-Bericht:

- „Die im September 2011 vorgelegte renommierte US-amerikanische Studie *Conventional Arms Transfers to Developing Nations, 2003 – 2010*, konstatiert, dass deutsche Hersteller besonders erfolgreich bei der internationalen Vermarktung von Kriegsschiffen sind. Rüstungsproduzenten aus Deutschland sind zusammen mit anderen westeuropäischen Anbietern (Großbritannien, Frankreich und Italien) in der Lage, ein breites Spektrum moderner Waffen auch an Staaten zu liefern, in die die US-Regierung aus politischen Gründen einen Transfer untersagt.

- Eine bizarre Note erhalten die U-Boot-Lieferungen an Griechenland und Portugal noch dadurch, dass sich in beiden Fällen die deutsche Justiz mit Bestechungsvorwürfen beschäftigt hat. Anfang Dezember 2011 einigten sich das Gericht, die Staatsanwaltschaft und die Beschuldigten auf Strafen, die zur Bewährung ausgesetzt sind, und auf die Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 149 Millionen € an die deutsche Staatskasse.

- Thyssen-Krupp hat den Bau von Fregatten und die Ausbildung algerischer Besatzungen angeboten.“ Ende des Zitats

**Dazu meine Fragen:**

- Wie nehmen sie Kritik aus der Friedensbewegung auf?
- Wird sie in Ihrem Haus überhaupt zur Kenntnis genommen und diskutiert?

**Thema: Verkauf des zivilen Teil des Schiffbaus**

Der zivile Teil der Werft Blohm+Voss wurde an einen Finanzinvestor verkauft. Der Aufsichtsrat von ThyssenKrupp Marine Systems gab grünes Licht für den Deal. Der FAZ zufolge übernehmen die Briten den zivilen Schiffbau mit knapp 500 Millionen Euro Umsatz und rund 1500 Beschäftigten.

**Meine Fragen dazu:**

- Welche Gründe lagen vor, sich vom zivilen Schiffbau bei Blohm +Voss zu trennen?
- Warum hat man sich nicht vom militärischen Teil getrennt?
- Sind die Summen korrekt, die im Weserkurier für den Verkauf in Höhe von 20 bis 22 Millionen genannt wurden?

**Thema Schmiergelder**

Wenn auch heute das heißeste Thema das Desaster um das Stahlwerk in Brasilien ist, will ich auf ein nicht minder heißes Thema zu sprechen kommen: nämlich Schmiergelder aus dem Hause ThyssenKrupp. Seit fünf 5 Jahren kritisiere ich dazu die Praxis dieses Hauses.

Diesmal geht es um Ferrostaal als Teil des German Submarine Consortium (GSC), dazu gehören Howaldtswerke – Deutsche Werft (HDW) und Thyssen Nordseewerke. Die Verurteilung der beiden Ferrostaal-Manager dürfte die TKMS-Unternehmensführung nicht gerade begeistert haben. Vor allem deren Aussagen zu den Bestechungszahlungen für die U-Bootaufträge aus Griechenland und Portugal. Insgesamt wohl in einem Umfang von mindestens 62 Millionen €. Ferrostaal hat dafür im Dezember 2011 eine Geldbuße von 140 Millionen € akzeptiert.

**Meine Frage dazu:**

- Wo kamen die 62 Mio. € Schmiergeld her? In welcher Höhe trug TKMS dazu bei?
- Ist es möglich, dass von TKMS an Ferrostaal AG / GSC geleistete Zahlungen für die Schmiergeldzahlungen verwendet wurden?
- In welcher Höhe muss sich TKMS an der Geldbuße beteiligen?

Auch über das Südafrika-Geschäft sind im Zuge der Ermittlungen im letzten Jahr weitere Details ans Licht gekommen. Hier sollen zwischen 1999-2005 Schmiergelder in Höhe von mehr als 30 Millionen € geflossen sein.

Es geht um den Export der drei U-Boote Typ 209, die Ferrostaal als Teil des German Submarine Consortium (GSC) für 660 Millionen Euro an die südafrikanische Regierung geliefert hat.

Im Bericht der Düsseldorfer Anwaltskanzlei Heuking u.a. lassen sich Zahlungen in Höhe von mehr als 30 Millionen € nachweisen, denen keine nennenswerte Gegenleistung gegenüberstand.

Ferrostaal sollte auch bei der Umsetzung der Offset-Verpflichtungen (zivile Kompensationsprojekte für Rüstungsgeschäfte) behilflich sein. Besonders widerlich ist, dass eines der Gegengeschäfte ein Film über Nelson Mandela ist, der von Ferrostaal mit sechs Millionen € gesponsert werden soll. Ferrostaal steuert damit knapp 30 Prozent der Kosten für den Mandela-Film bei. Die sechs Millionen € sind je zur Hälfte ein Zuschuss und ein Kredit.

Die Rüstungsspirale zwischen Griechenland und der Türkei dreht sich immer weiter und ThyssenKrupp verdient fleißig mit. Im Jahr 2009 kam es zu einem Vertragsabschluss für sechs U-Boote der Klasse 214, ohne dass die Finanzierung geklärt war. Dies ist 2011 geschehen. Die Kosten belaufen sich auf etwa 2 Milliarden €.

#### **Weitere Fragen:**

- Bei welchen sonstigen Auslandsgeschäften war die Ferrostaal AG / GSC für TKMS tätig?
- Wer übernimmt zukünftig die Vermarktung im Ausland (inklusive Offsets )?
- War die Ferrostaal AG / GSC auch an Geschäften innerhalb Deutschlands beteiligt?

#### **Wer verkauft, bekommt eines Tages Konkurrenz**

HDW verkaufte vor Jahren U-Boote des Typs 209 an Korea. Im letzten Frühjahr erwartete HDW einen neuen Auftrag aus Thailand und hatte schon ausrangierte U-Boote des Typs 206A auf der Werft liegen, um sie umzurüsten. Ein Auftrag im Wert von 200 Millionen € mit Arbeit für ein Jahr. Nun bekamen die Kieler Konkurrenz von der südkoreanischen Firma Hyundai. Diese boten Thailand das Modell an, das vor Jahren von HDW an Korea geliefert wurde.

Meine Fragen:

- Was wurde aus dem Auftrag aus Thailand?
- Gab es keine vertragliche Regelung, die ausschließt, dass Korea nun an andere Länder weiter liefert?
- Wie gehen Sie, falls es einer war, mit so einem Vertragsbruch um?

Dieses Geschäft ist aber auch ein Beispiel für Exporte in ein Spannungsgebiet, denn zwischen Südkorea und Nordkorea gibt es ja nicht erst in jüngster Zeit Spannungen.

#### **TKMS plant weitere Lieferungen von U-Booten an Israel.**

Dolphin II soll zum sechsten und weiteren Mal nach Israel geliefert werden. Bei HDW soll dieses U-Boot gebaut, mit deutschem Geld im Umfang von 135 Millionen € bezuschusst und dann bis 2015/16 geliefert werden.

Ich will hier ausdrücklich klarstellen, Israel hat aus meiner Sicht ein eindeutiges Siedlungs- und Selbstbestimmungsrecht. Dies umfasst für mich aber nicht eine immer weiter ansteigende Spirale von Aufrüstung. Und ThyssenKrupp darf nicht weiterhin in ein Land liefern in einem Spannungsgebiet.

Zudem gibt es Befürchtungen, dass Israel die U-Boote zusätzlich mit Raketen oder Marschflugkörpern ausstatten will, die atomare Sprengköpfe tragen könnten. Die technische Ausstattung von HDW erlaubt solche Rückschlüsse.

#### **Fragen dazu:**

- Bestätigen Sie die geplante Lieferung des sechsten U-Booten des Typs Dolphin II?
- Können Sie ausschließen, dass dieses U-Boot atomar bestückt werden kann?